

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 05.02.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	bis 19:40 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	bis 19:25 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	bis 18:45 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Dr. Gesine Haerting	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertreter für Herrn Schachtschneider
Frau Friederike Lange	SKE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Vertreterin für Herrn Strech

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Vertreter Herr Roland Hildebrand
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Vertreterin Frau Sabine Wolff
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die vorliegende Tagesordnung um die Punkte 7.2 Information zur Genehmigung der Schulentwicklungsplanung, 7.3 Information zum Schulhof der KGS „U. v. Hutten“ und 7.4 Information zur Einführung der Schulform Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt zu ergänzen ist. Zu Punkt 4.1 liege ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. als Tischvorlage und Tagesordnungspunkt 4.1.1 vor.

Ferner liege als Tischvorlage ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Eröffnung der Grundschule Glaucha vor.

Frau Dr. Haerting, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, begründete die Dringlichkeit des Antrages mit der Notwendigkeit auf die vorliegende Versagung des Landesschulamtes schnell zu reagieren.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach gegen die Dringlichkeit.

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, stellte den Dringlichkeitsantrag zur Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung. Er verwies darauf, dass zur Aufnahme auf die Tagesordnung eine 2/3 Mehrheit der stimmberechtigten Ausschussmitglieder, also mindestens acht Ja-Stimmen erforderlich sind.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

**6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen**

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender**, die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderte Tagesordnung :

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.01.2013
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
2. Lesung
Vorlage: V/2012/11037
- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"
Vorlage: V/2012/11307
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Stellungnahme des FB Recht zum Beschluss des OVG/Aufnahme an eine Integrierte
Gesamtschule
- 7.2 Information zur Genehmigung der Schulentwicklungsplanung
- 7.3 Information zum Schulhof der KHS „U. v. Hutten“
- 7.4 Information zur Einführung der Schulform Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.01.2013

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat um Anmerkungen zur Niederschrift vom 08.01.2013.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat um Änderung der Anwesenheitsliste. Anstelle von Herrn Gorowska sei Herr Kuhn als sachkundiger Einwohner anwesend gewesen.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, sagte zu, dies im Protokoll zu ändern.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 08.01.13 mit den Änderungen zur Abstimmung.

zu 4 Beschlussvorlagen

- zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
2. Lesung
Vorlage: V/2012/11037**
-

Abstimmungsergebnis:

4 x Ja-Stimmen

2 x Nein-Stimmen

4x Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013. **(einschließlich der vorliegenden aufwandsneutralen Änderungen gemäß der Übersicht der Verwaltung v. 21.01.2013 und dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (V/2013/11446))**
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011" (Vorlagen-Nr.: V/2012/11307)
Vorlage: V/2013/11446**

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, bat um Begründung zum Änderungsantrag 4.1.1.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.; führte aus, dass dieser Antrag dazu diene, den Erhalt des Planetariums sicherzustellen. Ein Deckungsvorschlag müsse bei der Betrachtung des Gesamthaushaltes noch eingebracht werden, spätestens im Finanzhaushalt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach der Zuständigkeit. Nach ihrer Kenntnis sei nunmehr der Fachbereich Kultur und damit der Kulturausschuss für diese Einrichtung zuständig.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte, dass die Haushaltsberatung zu diesem Produkt noch nach der alten Struktur erfolge und damit eine Einbringung im Bildungsausschuss möglich sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., ergänzte, dass dieser Antrag aufgrund der Doppelzuständigkeit auch in den Kulturausschuss eingebracht werde. Noch sei die Zuständigkeitsordnung des Stadtrates nicht verändert. Nach seiner Auffassung sollten sowohl die Volkshochschule als auch diese Bildungseinrichtung weiter in Zuständigkeit des Bildungsausschusses verbleiben.

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, bemängelte, dass ein Deckungsvorschlag fehle.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, bemängelte ebenfalls den fehlenden Deckungsvorschlag. Sie bat um Auskunft, welche Folgen es habe, wenn die 20.000 € für Sachkosten nicht bereitgestellt werden. Nach ihrer Kenntnis fehle ohnehin Geld für den Ersatz des bisherigen Teleskopes und für neue Stühle.

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte folgende Verständnisfrage: Gehe es hier um Mittel für investive Maßnahmen oder um Sachkosten zur Aufrechterhaltung des Betriebes des Planetariums?

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, antwortete, dass die von der Verwaltung vorgenommene Kürzung nicht den investiven Bereich für Bestuhlung o. ä. betreffe. Durch die Kürzung sei die jährliche Wartung des Teleskopes in Frage gestellt.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, führte aus, dass die 20.000 € im Sachausgabenbudget gekürzt wurden. Eine Wartung des Projektors ist jährlich notwendig. Die Wartung ist kontinuierlich erforderlich. Ein Weiterbetrieb wäre ohne regelmäßige Wartung auf Dauer gefährdet.

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, regte an zu prüfen, ob das Planetarium in Kanena, das aufgrund seines Standortes nicht vom Hochwasser bedroht sei, alternativ genutzt werden könne, obwohl es auch als technisches Denkmal anzusehen sei. Er fragte, nach einem städtischen Konzept unter Einbeziehung beider Objekte.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., verwies darauf, dass die Einrichtung in Kanena technisch noch älter sei und von der Stadt an einen Verein übergeben sei. Nach seiner Kenntnis habe der Geschäftsbereich IV diesen Kürzungsvorschlag in den Haushalt eingebracht. Dies wolle seine Fraktion jedoch nicht hinnehmen und werbe mit diesem Antrag um die Bereitstellung der Mittel für den Weiterbetrieb des Planetariums. schließlich seien im vergangenen Jahr die Eintrittspreise erhöht worden, um den Weiterbetrieb zu unterstützen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, entgegnete, dass dieser Kürzungsvorschlag nicht aus seinem Geschäftsbereich gekommen sei, sondern als Kürzungsvorschlag des Bereiches Zentrale Steuerung übermittelt worden sei.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, führte aus, dass die Aufwandserhöhung im Bereich der Betriebskosten, die das ZGM für den Haushalt angemeldet habe, bis dahin begründet sei. Die Umsetzung des Kürzungsvorschlages durch den Fachbereich Bildung war in der Position Betriebskosten nicht möglich und konnte deshalb nur in der Position der Sachausgaben umgesetzt werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., betonte, dass in Anbetracht der Hochwassergefahr auf der Peißnitz ein längerfristiges Konzept für das Planetarium perspektivisch zu entwickeln sei. Ihm sei bewusst, dass die dafür erforderlichen finanziellen Ressourcen jedoch nicht kurzfristig in den Haushalt aufzunehmen sind. Unabhängig von dieser erforderlichen Perspektive solle mit dem Änderungsantrag der Weiterbetrieb im Jahr 2013 gesichert werden. Er forderte den Bildungsausschuss auf, eine positive Willensbekundung hierzu abzugeben.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion und Abstimmung.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach gegen diesen Geschäftsordnungsantrag, da sie noch weitere Fragen habe, die besprochen werden sollten.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, stellte den Geschäftsordnungsantrag von **Frau Dr. Bergner** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Senger, SKE, fragte nach den Folgen für den Unterricht, wenn das Peißnitzplanetarium nicht mehr zur Verfügung stünde. Was würde ein Unterrichtsangebot in Kanena kosten?

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, stimmte dem Anliegen dieser Frage zu. Wenn ein Unterrichtsangebot weiterhin gewollt sei, müsse über den Haushalt dieser Betrag für die Wartung zur Verfügung gestellt werden.

Frau Sitte, Fraktion DIE LINKE., erläuterte nochmals, dass die Arbeit in der Sternwarte Kanena ehrenamtlich durchgeführt werde. Die Verwaltung müsste prüfen, zu welchen Kosten und unter welchen Bedingungen das Unterrichtsangebot aufrechterhalten werden könne, falls der Weiterbetrieb des Peißnitzplanetariums nicht möglich sei.

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass beim Wegfall der Wartung das Risiko eines Komplettausfalls des Projektors wachse. Dies hätte zur Folge, dass sich die Schulen bezüglich dieses außerschulischen Bildungsangebotes neu orientieren müssten. Sie bezweifelte, dass die Einrichtung in Kanena als Ersatzangebot geeignet ist.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, untermauerte, dass für ihn aus bildungspolitischer Sicht das Planetarium auf der Peißnitz wichtig und erhaltenswert sei. Dies bedeute auch, eine langfristige Perspektive für einen anderen Standort und eine Verbesserung der technischen Ausstattung sowie den Ausbau von Kooperationen zur Universität und anderen zu entwickeln. Er forderte den Bildungsausschuss auf, hierzu ein klares Votum abzugeben.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bat um eine Erläuterung für die Ursachen der Betriebskostenerhöhung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Betriebskostenplanung 2013 auf den Rechnungsergebnissen aus dem Jahr 2010 basiert. Hierbei sind u. a. Tarifsteigerungen eingeflossen.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, ergänzte, dass durch zusätzliche Kosten für Hausmeisterdienste und die Trocknung des Gebäudes nach dem Hochwasser 2010 der Betriebskostenaufwand angestiegen sei und zu einem Aufwuchs von ca. 15 T€ geführt habe.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, verwies auf die dem Bildungsausschuss heute übergebenen Unterlagen vom ZGM, die dies dokumentieren.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, kritisierte das fehlende Gesamtkonzept der Verwaltung für das Planetarium. Allein mit Reparaturen am Projektor sei dies nicht zu lösen. Sie erwarte eine genaue Analyse des Betriebskostenaufwuchses. Ihre Fraktion könne dem Antrag nicht zustimmen, sondern werde sich enthalten.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, monierte ebenfalls, dass laufende Reparaturen und Instandsetzungen fragwürdig sind. Da für die Jägerplatzschule noch Kosten geplant seien, fragte er an, ob diese zu Gunsten des Planetariums eingesetzt werden könnten.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, antwortete, dass die eingestellten Kosten für die Jägerplatzschule mit den vorliegenden Änderungsblättern bereits korrigiert werden. Die ausgewiesenen Mittel müssen in die Förderschule Pestalozzi umverteilt werden, da zwischenzeitlich die Schließung der Jägerplatzschule vollzogen wurde.

Herr Senger, SKE, verwies darauf, dass für ihn die Ausstattung an Schulen und schulischen Einrichtungen eine Pflicht des Schulträgers sei.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., führte aus, dass dieser Antrag auch dazu diene, dass die Verwaltung ihrer Verantwortung ein Gesamtkonzept zu entwickeln, nachkomme. Sie halte es für erforderlich, für die Wartung die erforderlichen Sachkosten im Haushalt bereitzustellen, um bei zu erwartenden Haushaltssperren handlungsfähig zu bleiben. Sofern eine Deckung aus dem Bereich der Betriebskosten möglich sei, sollte diese im Haushalt auch so abgebildet werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte, dass nach ihren Kenntnissen Kanena als Ersatz für das Planetarium auf der Peißnitz für den Astronomieunterricht nicht in Frage komme. Sie begrüße, wenn die Verwaltung am Langfristkonzept für die Saline unter Einbeziehung des Planetariums weiterarbeite.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., stellte eine Frage zur Förderschule Jägerplatz. Er könne aus der Vorlage nicht ersehen, wo die 15.000 € vom Jägerplatz bei der Pestalozzischule zugeordnet sind und er bat um Erläuterung, wo diese ausgewiesen sind.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, ob er folgendes richtig verstanden habe: Die Planzahl 2013 sei auf der Basis der Ausgaben von 2010 kalkuliert?

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, bestätigte, dass das IST des Jahres 2010 die Planungsbasis für die Betriebskostenvorauszahlung im Jahr 2013 sei.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, beantwortet die Frage von **Herrn Trömel** dahingehend, dass die Erhöhung des Aufwandes bei der Förderschule Pestalozzi auf Seite 2 der Übersicht zu den aufwandsneutralen Haushaltsänderungen ersichtlich sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., korrigierte seinen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut: „Die Deckung erfolgt aus den Betriebskosten.“

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen stellte **Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender**, den so geänderten Änderungsantrag zur Abstimmung und bat die SKE um ihr Votum.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, bat die Stadträte um Zustimmung zum geänderten Änderungsantrag.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu den vorliegenden Unterlagen zum Tagesordnungspunkt 4.1 unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgelegten Übersicht der aufwandsneutralen Änderungen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, bat um eine Erläuterung zum Verständnis der zugeschickten Änderungsblätter. Hier sei die Systematik nicht verständlich.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erläuterte hierzu, dass diese Änderungen alle aufwandsneutral seien. Die Aufwände für Behördenumzüge müssten zwischenzeitlich an die Beschlusslage angepasst werden. Die Positionen geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) und Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA) werden aus den Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt eingeordnet. Die bisherige Veranschlagung von Klassensätzen im Finanzhaushalt sei nicht korrekt. Nunmehr sind diese Ausstattungsgegenstände einzeln zu betrachten und wegen des geringen Wertes im Ergebnishaushalt zu planen.

Herr Bau, SKE, hinterfragte den Aufwand für PPP-Raten auf Seite 3 der Änderungslisten. Hochgerechnet auf ein gesamtes Jahr würde dies einen Aufwand von ca. 800.000 € bedeuten. In der Stadtratsvorlage vom 28.03.2012 seien diese PPP-Raten mit lediglich 644.000 € kalkuliert. Woraus resultiere diese Steigerung?

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erläutere, dass die Haushaltsansätze für die IGS, die Sekundarschule Reil und die Grundschule Am Heiderand in Folge der Verzögerung der

Inbetriebnahme der sanierten Schulen notwendig sei. Die PPP-Raten wurden nunmehr ab 01.10.2013 eingeplant. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies **Herrn Bau** darauf hin, dass die Kosten nur für 3 Monate berechnet wurden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, wo die Mittel für die Instandsetzung der Grundschule Glaucha veranschlagt seien.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass in 2013 keine Haushaltsmittel für Bauleistungen ausgewiesen sind. Sein Geschäftsbereich habe dies angemeldet, aber aufgrund der fehlenden belastbaren Planung konnten diese Aufwendungen nicht aufgenommen werden.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, ergänzte, dass die 2012 zusätzlich bereitgestellten 85.000 € für Planungsleistungen in Vorbereitung des STARK III – Antrages in das Jahr 2013 übertragen werden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., stellte fest, dass damit die Inbetriebnahme der Schule zum 01.08.2013 gefährdet sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bestätigte dies.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, wie viel Geld erforderlich sei, um die Schule eröffnen zu können.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, führte aus, dass dies nachgereicht werden müsse, wenn die Ergebnisse der Planung vorliegen. Die Höhe der Baukosten schätze er derzeit nach den vorliegenden Informationen auf ca. 3,5 – 4 Mio. €.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., äußerte sein Unverständnis darüber, dass der Verwaltungsvorschlag zur Eröffnung dieser Schule bezogen auf die Umsetzungskosten schlecht untersetzt gewesen sei. 2011 sei vorgeschlagen worden, die Schule Schritt für Schritt zu sanieren. Er erwarte baldmöglichst eine belastbare Kostenschätzung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, entgegnete, dass die ursprüngliche Planung zur Eröffnung dieser Schule von einer Fördermöglichkeit der Instandsetzung über STARK III, erste Förderphase ausgegangen sei. Dies konnte nicht umgesetzt werden. Auch die Möglichkeit einer schrittweisen Sanierung und Inbetriebnahme der Schulräume sei nunmehr offenbar nicht möglich. Er verwies auf die dazu vorliegende Ablehnung des Landesschulamtes.

Frau Dr. Haerting, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass im Bescheid des Landesschulamtes stehe, dass die räumlichen und sächlichen Bedingungen für die Eröffnung und den Betrieb der Grundschule Glaucha, durch die Verwaltung geschaffen werden sollen. Sie erwarte, dass die Verwaltung vorlege, wie dies umgesetzt werden könne und dass die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass bereits im Haushaltsbeschluss zwar die Maßnahmen aber keine ausreichenden Mittel für 2012 für die Grundschule Glaucha aufgenommen werden konnten. Damit fehlte der für die Eröffnung 2013 erforderliche Vorlauf. Dass das Landesschulamt einen phasenweisen Ausbau ablehne, sei erst mit dem genannten Bescheid bekannt geworden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass durch das Landesschulamt nicht nur die fehlenden baulichen Voraussetzungen kritisiert wurden, sondern auch Doppelnutzung mit einer Kita.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die gemeinsame Nutzung des Erdgeschosses für die Kita und die Schule sowie den Hort nicht der Hauptgrund sei. Entscheidender sei, dass die für die Schule erforderlichen Sanitäreinrichtungen nicht im Schulgebäude bereit stehen. Ein Ausbau ab dem 1. Obergeschoss lt. ZGM schließe die schulische Nutzung des Erdgeschosses während der Bauarbeiten aus statischen Gründen aus und auch ein befristeter Auszug in ein anderes Schulobjekt werde nicht mitgetragen.

Herr Bau, SKE, äußerte seine Verärgerung zur Verzögerung der Umsetzung des Beschlusses zur Eröffnung der Grundschule. Nach seiner Einschätzung hätte die Zeit ausreichen können, den Beschluss umzusetzen. Mit Bezug auf den Bescheid des Landesschulamtes bat er um eine Darstellung der Verwaltung, wie die dort formulierten Bedingungen hergestellt werden können.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., verwies ebenfalls auf die nun entstandene missliche Situation. Da für die Grundschule Glaucha noch immer 10.000 € für Umzüge eingestellt seien, müsste dieser Betrag nunmehr als Deckungsreserve zur Verfügung stehen, wenn die Schule nicht eröffnet werden kann. Für ihn entstehe der Eindruck, dass die Verwaltung zu spät auf mögliche Probleme einer Sanierung bei laufendem Betrieb eingegangen sei. Zum Stellenplan merkte er an, dass kaum nachvollziehbar sei, wo Stellen wegfallen und wo neue Stellen zugeordnet werden, z. B. seien für das Planetarium 2012 zwei Stellen ausgewiesen, 2013 nur noch eine.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, entgegnete zu den Anmerkungen zur Grundschule Glaucha, dass hier der bildungspolitische Wunsch zur Eröffnung der Schule an den verwaltungspraktischen Möglichkeiten (fehlenden ausreichenden Finanzierung) der Umsetzung gescheitert sei. Wobei bereits 2012 im Rahmen der Diskussion zum Schulentwicklungsplan mehrfach auf diese Probleme verwiesen wurde und u. a. deshalb eine Verschiebung des Eröffnungstermins vorgeschlagen wurde.

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, bestätigte, dass der vorliegende Stellenplanentwurf in Folge der organisatorischen Umstrukturierung schwer nachvollziehbar sei. Für den Bereich des ehemaligen Amtes für Kinder, Jugend und Familie werde sie im Jugendhilfeausschuss eine nachvollziehbare Gegenüberstellung vorlegen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wollte wissen, wer Auskunft über alle Umstrukturierungen innerhalb der Stadtverwaltung geben kann.

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, antwortet, dass das Problem in zum Teil fachbereichsübergreifenden Verschiebungen liege. Für den Fachbereich Bildung könne sie bestätigen, dass die Summe aller Stellen gleich geblieben sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass die Umsetzung der Organisationsveränderungen und die Einarbeitung in den Stellenplan ein derzeit noch laufender Prozess sei. Aufgrund der Fachkonzepte insbesondere im Bereich der Jugendhilfe bestünden auch noch offene Bedarfe, die derzeit im Stellenplan nicht abgebildet werden.

Herr Bau, SKE, fragte nach der Antwort der Verwaltung zur Zahl der Schulsekretärinnen. Dies sei für ihn immer noch nicht schlüssig beantwortet. Zudem werden bei den einzelnen Leistungen Personalkosten ausgewiesen, die nicht allein auf zum Teil nur in Teilzeit tätige Schulsekretärinnen zurückgeführt werden können.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, führte aus, dass in der Summe 64,825 Vollzeitstellen für Schulsekretärinnen im Stellenplan jeweils in die Entgeltgruppe E 6, E 5 und E 3 aufgeteilt sind. Die Personalkosten sind pro Leistung ausgewiesen. Außerdem enthalten

diese neben dem Anteil für die Schulsekretärinnen auch Personalkostenanteile aus der Vorkostenstelle des ehemaligen Schulverwaltungsamtes.

Herr Scherer, SKE, fragte nochmals zur Thematik Grundschule Glaucha und wollte wissen, was als Alternative geplant sei, wenn die Schule nicht eröffnet wird. Er bat um eine Erklärung, warum ggf. nochmals ausgelagert werden müsste.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass die Verwaltung derzeit eine Reaktion auf den Bescheid des Landesschulamtes prüfe. Eine Klage halte er jedoch nicht für erfolgversprechend. Über dieses Prüfergebnis werde im nächsten Bildungsausschuss informiert. Am Beispiel der Sekundarschule Am Fliederweg wurde im November deutlich, dass die Parallelität von Baumaßnahmen und Schulbetrieb eine hohe Belastung darstelle. Dass dies zu einer Ablehnung der Eröffnung der Glauchaschule seitens des Landesschulamtes führe, habe er jedoch nicht erwartet.

Herr Senger, SKE, hatte nochmals eine Frage zum Aufwand für Personalkosten am Beispiel der Grundschule „H. Chr. Andersen“. Hier sei nur eine Sekretärin in Teilzeit tätig, insofern sei die Höhe der ausgewiesenen Personalkosten nicht plausibel.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erläuterte, dass in die ausgewiesenen Personalkosten der einzelnen Schulen die Personalkosten der Schulsekretärin und auch die Umlage aus den Personalkosten der Mitarbeiter des ehemaligen Schulverwaltungsamtes einfließt.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, vermisste eine systematische Gegenüberstellung des alten und neuen Stellenplanes. Hier sei für sie der Grundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verletzt.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte mit Bezug zum Bescheid des Landesschulamtes zur Grundschule Glaucha, ob tatsächlich ein Ausbau bei laufendem Schulbetrieb nicht möglich sei, eine belastbare Aussage darstelle. Bis zum Stadtrat im Februar 2013 wäre es wichtig zu wissen, ob Klage gegen diesen Bescheid eingereicht werden sollte.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., forderte, dass Investitionsmittel für die Grundschule Glaucha in diesem Haushalt einzuplanen sind. Für die nächste Sitzung des Bildungsausschusses bat er die Verwaltung um Darstellung der Folgen einer Beschulung der 60 bis 80 Schüler zusätzlich in den Grundschulen Am Ludwigsfeld, Johannesschule und „A. H. Francke“. Entsteht hier zusätzlicher Aufwand für Schulräume und Ausstattung?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete hierzu, dass durch die Eröffnung der Grundschule Glaucha vor allem eine Entlastung der Grundschule Johannesschule erreicht werden sollte. Im Schuljahr 2013/14 können die drei benannten Grundschulen diese Erstklässler jedoch ohne weiteres aufnehmen. Unstrittig sei dennoch eine realistische Planung vorzulegen, wie die Eröffnung der Grundschule Glaucha umgesetzt und finanziert werden kann.

Herr Bielecke, Betriebsleiter ZGM, bestätigte, dass ein Ausbau dieser Schule ab dem 1. Obergeschoss bei gleichzeitigem Unterricht im Erdgeschoss aus statischen Gründen und unter Berücksichtigung der Sicherheit im Gebäude nicht möglich sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat ebenfalls um Darstellung der Folge für die Grundschule Johannesschule. Eine Sanierung der Grundschule Glaucha bei laufendem Betrieb sei nicht attraktiv. Ebenso ein erforderlicher Auszug nach ca. einem Jahr. Eine mögliche Klage führe nur zu Verzögerungen. Dies würde den Eltern der Erstklässler für das

Schuljahr 2013/14 nicht weiterhelfen. Es sind belastbare Zahlen vorzulegen, mit welchen Kosten und in welcher Zeitschiene die Eröffnung der Grundschule Glaucha möglich sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, schloss sich dieser Einschätzung an. Eine Klage habe keine aufschiebende Wirkung. Der im November 2012 gefasste Beschluss zu STARK III beinhalte einen Planungsauftrag für die Grundschule Glaucha. Die Haushaltslage der Stadt erfordere für dieses Sanierungsvorhaben das Ausschöpfen dieser Fördermöglichkeit. Die sich hieraus ergebenden Zeitschienen müssen dargestellt werden.

Herr Senger, SKE, fragte ob bei der Grundschule Johannesschule mit Blick auf den Brandschutz ein Problem aus den wachsenden Schülerzahlen entstehe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass Probleme eher aufgrund fehlender Räume entstehen, weniger aufgrund wachsender Schülerzahlen.

Herr Lange, DIE LINKE., merkte an, dass er eine 3. Lesung zum Haushalt für notwendig halte, um die kurzfristig übergebenen Materialien der Verwaltung zu lesen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, äußerte sein Verständnis für dieses Anliegen und bat, weitere Fragen der Verwaltung schnellstmöglich schriftlich zukommen zu lassen.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, lehnte den Vorschlag, eine 3. Lesung durchzuführen, ab. Im Interesse der Planungssicherheit für Vereine, sei eine schnelle Verabschiedung erforderlich.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezweifelte, dass der Haushalt im Februar im Rat verabschiedet werde. Für ihn sei ein Beschluss im März realistisch.

Herr Hildebrand, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass eine 3. Lesung nur im Rahmen einer Sondersitzung möglich sei.

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, wies darauf hin, dass der Terminplan des Finanzausschusses eine Behandlung des Geschäftsbereichs IV am 26.02.2013 vorsehe. Die Fragen zur Grundschule Glaucha dürften bis zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht alle klärbar sein.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stellte den Antrag im Bildungsausschuss eine 3. Lesung dieser Vorlage vorzusehen.

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, stellte diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

4 Ja Stimmen

4 Nein Stimmen

2 Enthaltungen

Daraufhin stelle **Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender**, die vorliegende Vorlage zu TOP 4.1 inkl. der Änderung zum Planetarium und der vorliegenden Listen zu aufwandsneutralen Änderungen zur Abstimmung und bat die SKE um ihr Votum.

Votum SKE: abgelehnt

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, bat nunmehr die stimmberechtigten Mitglieder um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:
Im Produkt 1.28105 „Raumflugplanetarium“ werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 20.000 € erhöht.
Die Deckung erfolgt ~~aus dem Gesamthaushalt~~ den Betriebskosten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Stellungnahme des FB Recht zum Beschluss des OVG/Aufnahme an eine Integrierte Gesamtschule

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zur Genehmigung der Schulentwicklungsplanung

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zum Schulhof der KGS „U. v. Hutten“

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information zur Einführung der Schulform Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Information des Stadtelternrates zur Gemeinschaftsschule

Herr Senger, SKE, stellte die Überlegungen des Stadtelternrates zum Thema „Gemeinschaftsschule“, anhand einer Power Point Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte nach der gesperrten Fläche auf dem Schulhof der Grundschule „Albrecht Dürer“. Sind hier Maßnahmen zur Beseitigung des Tagesbruches vorgesehen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass die gesperrte Fläche nicht den Schulhof betrifft. Nach seiner Kenntnis sei eine Verfüllung zurzeit nicht vorgesehen und die Sperrung müsse weiter aufrecht erhalten werden.

Frau Dr. Haerting, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bat um Auskunft zum Bescheid des Landesschulamtes vom 16.01.2013 zu Punkt 3 bezüglich der Zurückstellung einer Genehmigung der Schulbezirksveränderung der Grundschule Auenschule.

Herr Zschocke, Schulentwicklungsplaner, entgegnete, dass die veränderte Straßenzuordnung erst mit Fertigstellung der Baumaßnahmen an der Grundschule Auenschule wirksam werde und deshalb derzeit eine Versagung der Genehmigung in diesem Punkt unschädlich sei. Für das Antragsverfahren STARK III reiche die derzeitige Beschlusslage aus. Die Darstellung der neuen Schulbezirke wird in der nächsten mittelfristigen Schulentwicklungsplanung aufgenommen.

Herr Bau, SKE, fragte nach, ob sich daraus keine negativen Auswirkungen auf den STARK III - Antrag Grundschule Auenschule ergeben?

Herr Zschocke, Schulentwicklungsplaner, erläuterte hierzu, die Grundschule Auenschule sei auch ohne eine Zuordnung neuer Straßen bestandsfähig. Allerdings werde der Standort mit einer Zuordnung gestärkt. Auf den Förderantrag STARK III habe dies keine negativen Auswirkungen.

Frau Dr. Haerting, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, nahm Bezug auf den Bescheid des Landesschulamtes vom 25.01.2013. Nach ihrer Auffassung sei eine Versagung der Eröffnung der Grundschule Glaucha nicht möglich.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass der Bescheid derzeit geprüft würde. Für eine Eröffnung der Grundschule Glaucha seien jedoch nach seiner Auffassung die vom Landesschulamt erteilten Auflagen zwingend zu erfüllen. Dies kann zum Schuljahresbeginn ab 01.08.2013 nicht umgesetzt werden.

Frau Dr. Haerting, Fraktion BÜNDNID 90 / DIE GRÜNEN, bat darum, dem Land gegenüber klar zustellen, dass diese Grundschule jedoch später unbedingt eröffnet werden soll.

Herr Senger, SKE, erfragte, warum der Beschluss für die Schulbezirksveränderung der Grundschule Auenschule notwendig war und welche Auswirkungen die Ablehnung des Landesschulamtes habe.

Herr Zschocke, Schulentwicklungsplaner, antwortete, dass eine Änderung erst zum Tragen kommen wird, wenn eine Sanierung durchgeführt würde. Für die erneute Antragstellung für Grundschule Auenschule hat dies keine Auswirkung.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, bat, bezogen auf die Grundschule Auenschule um einen Überblick zum Stand der Anträge und der Zeitschiene.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte, dass mit dem Beschluss vom November 2012 finanzielle Mittel für die Planung von STARK III förderfähigen Vorhaben bereitgestellt wurden und ein Zeitplan zur Planung und Beantragung für die 2. Förderphase beschlossen wurde. **Herr Bürgermeister Geier** ist für diesen Prozess verantwortlich. Dazu finden regelmäßig Beratungen der Arbeits- und Steuerungsgruppen statt. Im Stadtrat erfolgt die Berichterstattung.

Frau Brederlow, Fachbereich Bildung, ergänzte, dass die Verwaltung mit dem Landesschulamt die vorgesehenen Schulstandorte schulfachlich abstimmt.

zu 9 Anregungen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., regte an, die Informationen auf den Internetseiten zum Fachbereich Bildung zu aktualisieren. Die aktuellen Strukturveränderungen sind noch nicht eingearbeitet.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bedankte sich und sagte zu die Anregung zur Überarbeitung weiterzugeben.

Herr Senger, SKE, stellte den Antrag nachträglich, einen Punkt 7.5, Mitteilungen auf die Tagesordnung zu nehmen, da er Überlegungen des Stadtelternrates zur Gemeinschaftsschule vorstellen wolle. Dies würde ca. fünf Minuten dauern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass dies bei der Abstimmung über die Tagesordnung hätte aufgenommen werden müssen. Auch sei vorab eine schriftliche Vorlage von Mitteilungen nach der neuen Geschäftsordnung vorgesehen.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, stellte den Antrag auf nachträgliche Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 7.5 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender, kehrt nunmehr zum Tagesordnungspunkt 9, Anregungen, zurück.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., regte an, dass der Bildungsausschuss in der nächsten Sitzung das Thema Volkshochschule behandelt. Es gebe Probleme bei der Erfüllung des Kooperationsvertrages. Zu dieser Thematik sollte der Fachbereich Kultur eingeladen werden. Als Sitzungsort schlug er die Volkshochschule vor, da man vor Ort die anstehenden Probleme, wie Schallschutz etc., ansprechen könnte.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, empfahl, dass der Haushalt für das kommende Jahr vor Abgabe an die Kämmerei im Bildungsausschuss vorberaten werden sollte, um ggf. Änderungen im Vorfeld zu besprechen. Vor allem Schulen sollten einzeln dargestellt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass bereits mit Einführung der Doppik alle Schulen einzeln dargestellt und Abschreibungen zentral berechnet würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Herr Hopfgarten, stellv. Ausschussvorsitzender,** den öffentlichen Teil des Bildungsausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.03.13

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Klaus Hopfgarten
stellv. Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin